

Vortrag 1: Steuerungspotential des politischen Systems angesichts neuer Herausforderungen im 21. Jahrhundert



Professor Dr. Thomas Heberer, Universität Duisburg-Essen (Fotograf: David Ausserhofer / Rechte MERICS)

Professor Dr. Thomas Heberer analysierte in seinem Vortrag die Steuerungsmöglichkeiten des politischen Systems Chinas vor dem Hintergrund der Herausforderungen im 21. Jahrhundert.

Bislang seien insbesondere die institutionelle Anpassungsfähigkeit auf lokaler Ebene Grund für den politischen und wirtschaftlichen Erfolg der VR China. Entscheidend sei hierbei die relative Autonomie von Landkreisen.

Heberer bezeichnete die VR China als einen Entwicklungsstaat 3.0, dessen Entwicklungskonzept von Interventionen im Wirtschaftsbereich geprägt ist. Die Legitimität der KPCh sei wiederum primär auf politische Entscheidungen zurückzuführen (z.B. durch Sozialprojekte oder Ausbau der Infrastruktur). Allerdings nähmen soziale Disparitäten und soziale Konflikte zu.

Die größte Herausforderung stelle derzeit die Reform des Wirtschafts- und Wachstumsmodells bis 2020 dar. Innovationsförderung, eine Stärkung der Binnennachfrage und eine flächendeckende Effizienzsteigerung seien die zentralen Reformziele. Um diese zu erreichen, setze die Partei gegenwärtig neue Massenlinienbewegungen und eine umfassende Antikorruptionskampagne ein. Nach Ansicht von Heberer beruht die Machtkonzentration Xi Jinpings auf einem Konsens innerhalb der KPCh-Führung, da die Reformen nur mit einem „starken Mann“ umsetzbar seien. Ein Haupthindernis für die Steuerungsfähigkeit Chinas stellen aber – auch nach Aussage chinesischer Wissenschaftler – der moralische Verfall und die auch im Volk weit verbreitete Korruption dar.

Abschließend benannte Heberer die Institutionalisierung des Rechts, Konfliktmanagement und Prävention sowie die Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure als Voraussetzung für eine stabile Entwicklung Chinas. Zudem sei die Herausbildung eines Gesellschafts- und Bürgersinnes, einer Diskussionskultur und eines Rechtsbewusstseins notwendig. Erste Schritte zu einer Institutionalisierung des Rechts seien bereits erfolgt. Heberer warnte allerdings: Eine Aufwertung des Justizapparats gegenüber dem Staat könnte unter den gegenwärtigen Bedingungen einen massiven Korruptionsanstieg zur Folge haben.

Vortrag 2: Zur innerchinesischen Legitimität des politischen Systems: Der Unternehmer-Kader-Nexus



Professor Dr. Gunter Schubert, Universität Tübingen (Fotograf: David Ausserhofer / Rechte MERICS)

In der bisherigen Forschung galt das Privatunternehmertum in China nicht als eigenständiger politischer Akteur: Unternehmer teilten demnach keine gemeinsame Identität, verfolgten unterschiedliche Interessen und galten als politisch passiv sowie vom Regime vereinnahmt.

Professor Dr. Gunter Schubert argumentierte dagegen bei den Trierer China-Gesprächen, dass sich diese Rolle des Privatunternehmertums im chinesischen Parteistaat durchaus gewandelt habe. Die geringe organisierte Autonomie des Unternehmertums täusche über seinen eigentlichen, beträchtlichen politischen Einfluss hinweg. So sind Unternehmer von herausragender Bedeutung für die lokale Entwicklung sowie für die Ko-Finanzierung von öffentlichen Gütern. Aufgrund des verschärften Wettbewerbs zwischen Provinzen und Kreisen sind lokale Parteikader zunehmend auf die Zusammenarbeit und Abstimmung mit Unternehmern angewiesen. Auch in lokalen Volkskongressen gewinnen Privatunternehmer an Einfluss. Zwar treten sie dort nicht als organisierter Akteur auf, dennoch habe ihre wachsende politische Präsenz bereits das Misstrauen von Staats- und Parteichef Xi Jinping geweckt, betonte Schubert.

Trotz des Bedeutungszuwachses des Unternehmertums behält der Staat seine steuernde, kontrollierende Rolle über die wirtschaftliche Entwicklung. Diese Beobachtungen, so Schubert, erlauben folgendes vorläufiges Fazit. Dass sich das Privatunternehmertum als eigenständige, organisierte Einflussgruppe im chinesischen Politischen System etabliere, sei ebenso unwahrscheinlich wie eine komplette Absorption des Einflusses von Privatunternehmern. Das Privatunternehmertum durchdringe vielmehr das politische System Chinas und unterstütze eine Oligarchisierung des Parteistaats. Die Bedeutung des Parteistaates als „Gatekeeper“ der wirtschaftlichen Entwicklung werde jedoch trotz dieser Entwicklungen ungebrochen bleiben.

Vortrag 3: Zwischen Kollektivrausch und Bürgerbewusstsein: Wie soziale Dynamiken die chinesische Führung herausfordern



Dr. Kristin Shi-Kupfer, MERICS (Fotograf: David Ausserhofer / Rechte MERICS)

Dr. Kristin Shi-Kupfer analysierte in ihrem Vortrag die Beziehung der städtischen Mittelschicht zur chinesischen Führung. Entgegen vieler Annahmen sei diese Bevölkerungsgruppe kein politischer Stabilisator. Die Analyse von Befindlichkeiten in dieser Schicht, so Shi-Kupfer, könne jedoch als „Frühwarnsystem“ für politische und soziale Konflikte fungieren.

Die Beziehung von Führung und Mittelschicht beinhalte ein „Tri-lemma“: Das erste Dilemma sei die Informationskontrolle. Für die Regierungsfähigkeit Chinas sei sie zentral, zugleich erzeuge sie jedoch „professionelle Unzufriedenheit“. Ein leitender Mitarbeiter einer Internetfirma, den Shi-Kupfer ins Zentrum ihrer Analyse stellte, beklagt: „Angesichts dieser Zensuranweisungen muss man sich schämen, ein Chinese zu sein“. Shi-Kupfer fasste diese Einstellung unter dem Begriff „innere Kündigung“ zusammen. Diese Kündigung beinhaltet sowohl das Verlassen des Systems („Abstimmung mit Füßen“), Resignation - aber auch den aktiven Widerstand. Das zweite Konfliktpotential entstehe durch den Werteverfall. Konsum - als „staatlich verordnete Ersatzideologie“ - entbehre echter Überzeugungen, äußere sich oft rauschhaft und wirke dadurch destabilisierend. Den von der Führung propagierten „China Traum“ sah Shi-Kupfer in diesem Kontext nicht als wertestiftend. Seine kollektivistische Natur sei nicht geeignet, um eine fragmentierte, individualistische Mittelschicht ideologisch einzubinden.

Ein weiteres Konfliktpotential stecke in dem Verständnis der Regierung von „nationalen Interessen“. Dies decke sich keineswegs mit dem der Mittelschicht. Lebensqualität, eine gute Bildung und finanzielle Sicherheit seien dieser Gruppe wichtiger. Eine Wirtschaftskrise oder innerparteiliche Konflikte, die Shi-Kupfer nicht ausschließt, würden durch dieses „Tri-lemma“ zu „handfesten Konflikten“ führen. Shi-Kupfer hält Proteste und Massenabwanderungen in einem solchen Szenario durchaus für denkbar. Abschließend empfahl Shi-Kupfer Deutschland den Dialog mit nichtstaatlichen Akteuren aus der Mittelschicht - nicht nur mit der Regierung.

Vortrag 4: Digitalisierung statt Demokratie: Warum das Internet der Partei mehr nutzt als schadet



Professor Dr. Christian Göbel, Universität Wien (Fotograf: David Ausserhofer / Rechte MERICS)

Entgegen weit verbreiteter westlichen Annahmen, dass das Internet automatisch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbreiten würde, nutzt die KPCh das Netz, um die eigene Herrschaft zu festigen und sogar auszubauen. Diese These vertrat Professor Dr. Christian Göbel bei den Trierer China-Gesprächen 2014.

Entscheidend sei dabei vor allem, dass die Regierung digitale Technologien nutze, um Stimmungen und Wünsche aus der Bevölkerung aufzunehmen - etwa durch offene Petitionsportale lokaler Regierungen. Im Zentrum der Probleme vieler Chinesen stehen dabei alltägliche Themen: die hohe Lärmbelastung, der Zugang zu guter Bildung, bezahlbarer Wohnraum und saubere Luft. Die Portale helfen der Regierung, das sogenannte „Dilemma des Diktators“ („dictators dilemma“) zu umgehen - also die Tatsache, dass autoritäre Herrscher zu wenig über die Bedürfnisse ihrer Bürger wissen, so Göbel.

Der China-Wissenschaftler demonstrierte, dass Regierungsstellen auf allen Ebenen digitale Technologien nutzen, um Foren zu schaffen. Diese Plattformen sollen Probleme der Bevölkerung kanalisieren und Möglichkeiten schaffen einzugreifen. Das Internet helfe der chinesischen Regierung außerdem, politische Prozesse in weit entfernten Regionen zu überwachen. IT-Technologie stärke also die Leistungsfähigkeit des autoritären Regimes in China.

Göbel zeigte aber auch, dass in China die Überwachung der Bevölkerung und Entscheidungsträgern bislang nur selten vollautomatisch ausgewertet werde. Viele lokale Beamte könnten erhobene Daten nur manuell bearbeiten, ihnen fehlen für eine umfassende Analyse grundlegende statistische Kenntnisse. Petitionsportale könnten außerdem zu einem „Regime Burnout“ führen. Diese Überlastung tritt ein, so Göbel, wenn viele Individuen sich mit ihren Anliegen an lokale Kader wenden, diese aber die angesprochenen Probleme mangels Zuständigkeit oder fehlenden Ressourcen nicht lösen können.

Die chinesische Regierung fordere durch ihre Nutzung des Internets etablierte westliche Erklärungsmuster heraus. In 25 Jahren, so Göbel, sei vermutlich kein Kausal-Zusammenhang mehr zwischen einem hohen Pro-Kopf Einkommen, Internetdurchdringung und Demokratisierung nachweisbar.

Vortrag 5: Gewolltes Gewurschtel - Leistungs- und Anpassungsfähigkeit des politischen Systems auf kommunaler Ebene



Professor Dr. Anna Ahlers, Universität Oslo (Fotograf: David Ausserhofer / Rechte MERICS)

Ahlers machte in Ihrem Vortrag deutlich, wie wichtig eine Analyse der Politikprozesse auf kommunaler Ebene ist, um die Mechanismen des gesamten politischen System Chinas besser zu verstehen. Die Förderung bzw. Toleranz lokaler Abweichungen bei der Politik-Implementierung sei ein wesentliches Erfolgskriterium der chinesischen Reformpolitik. Ahlers beschrieb Lokalkader auf Kreis- und Gemeindeebene als aktive Gestalter und Problemlöser und nicht nur als verlängerten Arm der Zentralregierung. Aus der relativen Autonomie lokaler politischer Akteure und Chinas großen regionalen Unterschieden ergebe sich jedoch nicht „kommunale Selbstverwaltung“. Vielmehr, so Ahlers, nehmen Lokalkader eine „Scharnierfunktion“ ein. Abstrakte Impulse aus Peking, oft in Form von Kampagnen oder „roten Linien“, bilden „politische Korridore“, die der Flexibilität und Kreativität lokaler Politikgestalter einen Rahmen setzen. Ahlers argumentierte, dass die chinesische Bürokratie dabei eine Art „Metastruktur“ kommunaler Politik darstelle. Sie beinhalte traditionelle Elemente (z.B. Rotationsprinzip, Prüfungssystem), moderne Verwaltungspraktiken (z.B. E-Governance, Private-Public-Partnership) und sozialistische Institutionen (z.B. Kadersystem, Parteischulen).

Dabei betonte Ahlers die Reformfähigkeit des bürokratischen Systems. So wurden Kader in den letzten 15 Jahren vermehrt aus Privatwirtschaft und Wissenschaft rekrutiert und erhielten mittlerweile sogar Medien- und Konfliktraining. Auch das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern sei auf kommunaler Ebene im Wandel. Praktiken wie die „zweckorientierte Inklusion“, etwa durch Anhörung und Einbindung von Bürgern in konkrete Maßnahmen, oder die Ausweitung von Internet-gestützten Informations- und Beschwerdekkanälen verringern direkte Konfrontationen. Auf die Bedeutung solch neuer Praktiken fokussierte sich dann auch die Diskussion. Dabei wurde deutlich, dass diese neuen Praktiken vom Staat funktional und ergebnisorientiert eingesetzt werden und keinen normativen Wertewandel bedeuten.

Vortrag 6: Die unerwartete Agilität des chinesischen politischen Systems: Warum uns altes Systemdenken nicht mehr weiterhilft



Professor Dr. Sebastian Heilmann, Gründungsdirektor MERICS
(Fotograf: David Ausserhofer / Rechte MERICS)

Professor Dr. Sebastian Heilmanns provokanter Abschlussvortrag widmete sich der Frage, wie Chinas vermeintlich unbewegliches politisch-administratives System so außergewöhnliche Anpassungsleistungen erbringen könne, wie dies in den vergangenen Jahrzehnten der Fall gewesen sei. Die üblichen Ableitungen der traditionellen Systemlehre seien dabei laut Heilmann immer weniger glaubwürdig. Denn diese ließen keine Rückschlüsse auf die wirtschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit von politischen Systemen zu. Auch die tatsächlichen Freiräume in individuellen Lebenswelten würden damit nicht ausreichend erfasst. Für ein Verständnis der unerwarteten Agilität des chinesischen politischen Systems sei es deshalb notwendig, mit Ansätzen, die weit über die Analyse von Regime und Institutionen hinausgehen, zu arbeiten. Dies sei von den anderen Vortragenden der Trierer China-Gespräche vorbildlich eingelöst worden.

Heilmann appellierte dafür, konkrete Politikbereiche - „Governance in Action“ - zu analysieren und dabei die spezifische Problemlösungs- und Korrekturfähigkeit politischer Systeme zu betrachten. Ein Verständnis des chinesischen Systems bedürfe einer Tiefenanalyse des chinesischen Politikprozesses, der besonderen „Methodik“ und des Rhythmus‘ dieses „lernenden autoritären“ Systems. Prägend seien unter anderem die besondere Rolle von politischen Kampagnen, des Kadernsystems sowie die Möglichkeiten zur langfristigen Entwicklungsplanung und Prioritätensetzung.

Die „westliche“ Politikanalyse Chinas würde häufig die besondere Rolle von dezentralen reversiblen Experimenten, von wissenschaftlichen Konsultationsverfahren und Korrekturmechanismen unterschätzen. Die abschließende Diskussion arbeitete sich an der Frage ab, ob diese zugespitzte Darstellung einer „systemischen Herausforderung“ nicht wesentliche Schattenseiten des politischen Systems Chinas vernachlässigt sowie die Reversibilität und Lernfähigkeit überschätzt. Dabei wurde deutlich, dass Chinas politisches System kein Modell und nicht nachahmenswert sei - jedoch durchaus zum Nachdenken über Defizite des eigenen Systems anregen kann.

Dieser Überblick ist mit freundlicher Unterstützung von MERICS erstellt worden.